

Unterrichtung

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der
Ortsgemeinde Talling am Mittwoch, dem 2. März 2011 um 20.00 Uhr
im Versammlungsraum in Talling**

Gemäß § 34 GemO hatte Ortsbürgermeister Thösen als Vorsitzender die Mitglieder des Ortsgemeinderates durch schriftliche Einladung zu der öffentlichen Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Er stellte fest, dass die Mitglieder des Ortsgemeinderates nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Zahl erschienen waren.

Gegen Form und Frist der Einladung wurden keine Bedenken erhoben.

Tagesordnung:

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde
2. Entscheidung über Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“
3. Planung über investive Maßnahmen 2011
4. Grundsatzentscheidung über energetische Maßnahmen am Gemeindehaus
5. Bewirtschaftung von Ausgleichsflächen
6. Informationen
 - a) Regionalplanung
 - b) Sammlung und Entsorgung von Ablagerungen
 - c) Umweltpreis des Landes Rheinland-Pfalz

II. Nichtöffentlich

7. Grundstücksangelegenheiten
8. Informationen

I. Öffentliche

Zu 1.: Einwohnerfragestunde

Es war nichts zu protokollieren.

Zu 2.: Entscheidung über Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“

Der Vorsitzende gab zu verstehen, dass eine Teilnahme an dem Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ kurzfristig, bis spätestens 08.03.2011 bei der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich angezeigt werden müsse.

Für eine Teilnahme hatte das Ratsmitglied Molter bereits einige Ideen und Ansätze zusammengetragen, für deren Umsetzung allerdings eine Vorlaufzeit von ca. 1-2 Monaten benötigt würde.

Auf Grund dieser Tatsache waren die Ratsmitglieder der Auffassung, auf eine Teilnahme in diesem Jahr zu verzichten. Vielmehr sollen die bisher zusammengetragenen Ideen und Ansätze konkret weiterentwickelt und intensiviert werden, sodass eine Teilnahme im Jahr 2012 anvisiert werden könne.

Daraufhin beschloss der Ortsgemeinderat, am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ im Jahr 2011 nicht teilzunehmen. Eine entsprechende Teilnahme im Jahr 2012 wird in Erwägung gezogen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 3.: Planung über investive Maßnahmen 2011

Ortsbürgermeister Thösen teilte den Anwesenden mit, dass vor der stattfindenden Haushaltsberatung für das Jahr 2011, der Ortsgemeinderat über investive Maßnahmen vorberaten solle.

Hierzu trug er die nach seiner Auffassung nach wichtigen Investitionsmaßnahmen für das Haushaltsjahr 2011 vor.

Im Einzelnen handele es sich dabei um folgende Maßnahmen

- Wirtschaftswegebau (Verbesserung des Weges Richtung Grillhütte)
- Zaunabsicherung im Bereich der Grillhütte
- Fassadenanstrich Glockenturm
- Maßnahmen am Gemeindehaus
- Baumpflanzung im Neubaugebiet

Über die entsprechenden Ansätze müsse man sich mit der Verwaltung im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung abstimmen. Die Auflistung stelle einen vorläufigen Rahmen dar.

Ein Beschluss war nicht zu fassen.

Zu 4.: Grundsatzentscheidung über energetische Maßnahmen am Gemeindehaus

Einleitend gab der Vorsitzende bekannt, dass investive Maßnahmen für das Gemeindehaus zur Förderung über den Investitionsstock 2011 mit einer Bausumme von rund 100.000 € angemeldet seien.

Nach einer von der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich festgelegten Prioritätenliste liege die Gemeinde mit dem Vorhaben kreisweit an 21. Stelle.

Eine Prüfung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns sei noch nicht entschieden. Herr Brück von der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich habe das Gebäude kürzlich in Augenschein genommen, aber keine großen Hoffnungen geweckt, da direkte Schäden

an der Bausubstanz durch eine Verschiebung der Umsetzung der geplanten Maßnahme nicht zu erwarten seien.

Bei abschlägiger Entscheidung für das laufende Jahr müsse sich die Gemeinde durch einen erneuten Antrag wieder um entsprechende Fördergelder bemühen und sich der neuen Prioritätenliste des Kreises stellen.

In der Gesamtmaßnahme sei auch die Sanierung der Dacheindeckung konkret geplant. Nach einer fachlichen Einschätzung eines Dachdeckers müsse das Dach innerhalb der nächsten 10 Jahre erneuert werden.

Da jedoch eine Förderzusage -entgegen zunächst anderslautender Aussagen- als Dorferneuerungsmaßnahme nicht erfolgen konnte, wurde im Rat die Frage aufgeworfen, ob die Errichtung einer Photovoltaikanlage unter diesem neuen Gesichtspunkt ernsthaft geprüft werden sollte.

In der darauffolgenden Beratung waren sich die Ratsmitglieder, nach Abwägung aller in Betracht kommenden Vor- und Nachteile eines solchen Vorhabens, insbesondere der wirtschaftlichen Gesichtspunkte, einig, grundsätzlich die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Gemeindehauses voranzubringen.

Dabei wurde deutlich, dass die Gemeinde hier als Vorbild auftrete, da die Installation einer Photovoltaikanlage eine Investition in die Zukunft sei und man damit bewusst auf erneuerbare Energien setze.

Ortsbürgermeister Thösen regte an, im Falle einer grundsätzlichen Befürwortung des Vorhabens rasch mit der Ausführung zu beginnen, da sich voraussichtlich Mitte des Jahres die nächsten Änderungen zur Einspeisevergütung ergeben werden.

Daraufhin beschloss der Ortsgemeinderat, sich grundsätzlich mit der Errichtung einer Photovoltaikanlage einverstanden zu erklären. Entsprechende Planungen sollen zügig vorangebracht werden, um so eine optimale Einstiegssituation hinsichtlich der Einspeisevergütung zu schaffen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu 5.: Bewirtschaftung von Ausgleichsflächen

Ortsbürgermeister Thösen teilte den Anwesenden mit, dass der Landesbetrieb Mobilität (LBM) der Ortsgemeinde einen Vorschlag unterbreitet habe, dass die in ihrer Obhut stehenden dauernden Pflegemaßnahmen („Geisberg“ und „Pflanzstreifen entlang der Wirtschaftswege oberhalb der Ortslage“) vertraglich mit der Gemeinde geregelt werden könnten.

Die Gemeinde könnte dann auf einer solchen Basis entsprechende Pflegepaten im Sinne der festgelegten Bewirtschaftungsauflagen zu tragbaren Bedingungen binden. Der LBM würde eine noch zu vereinbarende jährliche Pflegeförderung (z.B. für Heckschnitt, Baumpflege, Mulcharbeiten) an die Gemeinde zahlen. So könnte die Baumpflege im Rahmen des jährlichen Baumpflegetages mit der gewohnten fachlichen Unterstützung erfolgen, Heckschnitt bei Bedarf im Zusammenhang mit bisherigen Freischneideaktionen (Forst- und Wirtschaftswege) und die Mulcharbeiten entsprechend den bereits bestehenden vertraglichen Bindungen erweitert werden.

Weiter führte der Vorsitzende aus, dass die Gemeinde stets daran interessiert sein sollte, dass die Ausgleichsflächen in einem ordentlichen Zustand gehalten werden und damit auch den landespflegerischen Zielen entsprechen.

Bedenken aus der Mitte des Rates, dass sich Pflegepaten nicht finden könnten oder nach einiger Zeit nicht mehr zu Verfügung stehen würden, konnten mit dem Hinweis, dass der Vertrag eine entsprechende Auflösungsklausel enthalten müsse, weitgehend ausgeräumt werden.

Nach eingehender Beratung beschloss der Ortsgemeinderat, auf den Vorschlag des Landesbetriebes Mobilität einzugehen. Ortsbürgermeister und Beigeordnete sollen einen entsprechenden Vertrag mit dem LBM zeitnah ausarbeiten.

Der Beschluss erfolgte bei einer Enthaltung.

Zu 6.: Informationen

Der Vorsitzende informierte den Ortsgemeinderat über:

a) Regionalplanung

Der Regionale Raumordnungsplan für die Region Trier soll im Bereich Windenergie überarbeitet werden.

b) Sammlung und Entsorgung von Ablagerungen

Ob in diesem Jahr ein „Dreck-Weg-Tag“ durchgeführt wird, soll kurzfristig anhand gegebener Terminvorgaben entschieden werden.

c) Umweltpreis des Landes Rheinland-Pfalz

Der rheinland-pfälzische "Umweltpreis 2011 - Unsere besten Ideen für ein nachhaltiges Rheinland-Pfalz" geht wurde ausgeschrieben.. Mit dem Umweltpreis werden Einsatz und Leistungen ausgezeichnet, die in vorbildlicher Weise nachhaltig die ökonomischen und ökologischen Grundlagen der Menschen und ihre sozialen und kulturellen Bedürfnisse jetzt und in Zukunft sichern. Hierbei zählen die gute Idee und ihre Umsetzung. Eine Teilnahme im laufenden Jahr sei nicht geplant.